

# INHALT

<b>1.</b>	<b>VORWORT</b>	13
<b>2.</b>	<b>RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE PARTEIENFINANZIERUNG</b>	15
2.1	Parteien im politischen System	15
2.1.1	Grundzüge des Parteiensystems seit 1945	15
2.1.2	Verflechtungen des Parteien- und Verbändesystems	16
2.1.3	Einfluss des bundesstaatlichen Staatsaufbaus	17
2.1.4	Organisationssoziologische Besonderheiten von Parteien	18
2.2	Internationale Vorgaben für Korruptionsbekämpfung und Parteienfinanzierung	21
2.2.1	Die wichtigsten »Regelungskreise« zur Bekämpfung politischer Korruption.	21
2.2.2	Europarat (GRECO)	22
<b>3.</b>	<b>PARTEIEN IN DER RECHTSORDNUNG</b>	26
3.1	Verfassungsrechtliche Grundlagen	26
3.2.	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Rechenschaftspflicht, Regelung bis 2002.	29
3.2.1	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	29
3.2.2	Die bis 2012 gültige Rechenschaftspflicht.	31
3.3	Die Rechenschaftspflicht seit dem PartG 2012.	35
3.3.1	Von der Rechenschaftspflicht erfasste Bereiche (Organisationen und Personen)	35
	a) Alle politischen Parteien.	35
	b) Alle territorialen Gliederungen (unabhängig davon, ob rechtlich selbstständig).	36
	c) Rechtlich selbstständige Gliederungen der Parteien	36
	d) Nahestehende Organisationen	37
	e) Abgeordnete und Wahlwerber	39
3.3.2	Rechenschaftsbericht über die Einnahmen und Ausgaben aller territorialen Gliederungen der Partei	39
3.3.3	Rechenschaftspflicht über Spenden, Inserate und Sponsorings.	42
3.3.3.1	Spenden.	42
3.3.3.2	Sponsorings und Inserate (§ 7 PartG)	50
3.3.4	Deklaration von Unternehmensbeteiligungen	51
3.3.5	Grenzen der Zulässigkeit von Unternehmensspenden.	52
3.3.6	Exkurs: Spendenregelungen für Bundespräsidentchaftswahlen	53
3.4	Kontrolle und Sanktionen	53
3.4.1	Kontrolle durch Wirtschaftsprüfer und den Rechnungshof	54
3.4.2	Parteien-Transparenz-Senat, Sanktionen.	56
	a) Geldbußen.	56
	b) Geldstrafen.	58

3.5	Strafrechtliche Bestimmungen gegen politische Korruption. . . . .	59
3.6	Verfassungsrechtliche Vorgaben für die staatliche Parteienfinanzierung . . . .	62
3.7	Steuerrechtliche Fragen. . . . .	64
3.7.1	Steuerliche Behandlung von Mitgliedsbeiträgen, Parteispenden und Parteisteuern . . . . .	64
3.7.2	Abgabe für Zuwendungen . . . . .	65
3.7.3	Gleichbehandlung mit Körperschaften des öffentlichen Rechts . . . . .	66
<b>4.</b>	<b>MITGLIEDSBEITRÄGE UND KLEINSPENDEN . . . . .</b>	<b>68</b>
	a) Die SPÖ . . . . .	68
	b) Die ÖVP. . . . .	71
	c) FPÖ, BZÖ. . . . .	75
	d) Die Grünen . . . . .	76
<b>5.</b>	<b>INDIVIDUELLE GROSSPENDEN, UNTERNEHMENSSPENDEN . . . .</b>	<b>78</b>
5.1	Problematik von Unternehmensspenden . . . . .	78
5.2	Auswirkungen der Wirtschafts- und Verbändestruktur sowie von Verstaatlichung und Privatisierungen. . . . .	81
5.3	Indirekte Formen von Unternehmensspenden . . . . .	83
5.4	Individuelle Großspenden, Direktspenden an Politiker. . . . .	84
<b>6.</b>	<b>PARTEISPENDEN UND FRAKTIONSFINANZIERUNG VON INTERESSENVERBÄNDEN . . . . .</b>	<b>89</b>
6.1	Gesamtvolumen von Verbändespenden . . . . .	89
6.2	Parteispenden der Industriellenvereinigung . . . . .	91
6.3	Parteienfinanzierung durch die Kammern und den ÖGB . . . . .	95
6.3.1	Parteienfinanzierung als Fraktionsfinanzierung und Subventionierung von Vorfeldorganisationen. . . . .	95
6.3.2	Parteienfinanzierung des ÖGB . . . . .	97
	a) Die Fraktionsfinanzierung des ÖGB . . . . .	97
	b) Parteienfinanzierung des ÖGB – historisch ein wichtiges Thema . . . . .	98
6.3.3	Fraktionsfinanzierung der Kammern. . . . .	100
6.3.4	Bedeutung der Kammern und des ÖGB für die Politikfinanzierung . . . . .	102
<b>7.</b>	<b>PARTEIUNTERNEHMEN . . . . .</b>	<b>103</b>
7.1	Parteieigene versus parteinahe Unternehmen; Funktionen zwischen Erwerbszwecken und Tarnung von Parteispenden . . . . .	103
7.2	Unternehmen(-sbeteiligungen) der Parteien. . . . .	104
<b>8.</b>	<b>KREDITAUFNAHMEN . . . . .</b>	<b>110</b>
8.1	Die Problematik einer Verschuldung von Parteien . . . . .	110
8.2	Die unzureichende Rechenschaftspflicht. . . . .	111



<b>9.</b>	<b>STAATLICHE POLITIKERBEZÜGE ALS TEIL DER POLITIKFINANZIERUNG</b> . . . . .	114
9.1	Ermöglichung von Politik als Beruf . . . . .	114
9.2	Zahl und Kosten von Politikern in Österreich . . . . .	117
9.3	Die Regelung der Politikerbezüge . . . . .	120
9.4	Unvereinbarkeitsbestimmungen und Offenlegung von Abgeordneten-Nebeneinkünften . . . . .	124
<b>10.</b>	<b>PARTEISTEUERN UND SONSTIGE MANDATSBEZOGENE AUSGABEN VON POLITIKERN</b> . . . . .	130
10.1	Vorbemerkungen . . . . .	130
10.2	Die Höhe der Parteisteuern . . . . .	131
10.2.1	Klubabgaben . . . . .	131
10.2.2	Parteiabgaben . . . . .	132
10.2.3	Die Gesamthöhe der Partei- und Klubabgaben. . . . .	135
10.3	Problematik der Parteisteuern . . . . .	137
<b>11.</b>	<b>STAATLICHE PARTEIENFINANZIERUNG: BUND</b> . . . . .	139
11.1	Direkte staatliche Parteienfinanzierung: das Parteienförderungsgesetz . . . . .	139
11.1.1	Jährliche Förderung . . . . .	140
11.1.2	Beitrag für Wahlen zum Europäischen Parlament . . . . .	141
11.1.3	Zweckbindung, Verfahrensregeln, Valorisierung . . . . .	141
11.1.4	Exkurs: die Entwicklung der Finanzierung bis 2012 (nach dem PartG 1975) . . . . .	142
11.2	Die Finanzierung der politischen Akademien. . . . .	145
11.2.1	Die Finanzierungsregeln für die Parteiakademien . . . . .	145
11.2.2	Rechtsprobleme bei Parteiabspaltungen . . . . .	151
11.2.3	Interpretation der rechtlichen Vorgaben für »staatsbürgerliche Bildungsarbeit« und die Praxis der Parteiakademien. . . . .	152
11.2.4	Kontrollvorschriften und Ergebnisse von Rechnungshofprüfungen. . . . .	155
<b>12.</b>	<b>KOSTEN DES PARLAMENTARISMUS AUF BUNDESEBENE</b> . . . . .	158
12.1	Die »parlamentarische Infrastruktur« auf Bundesebene . . . . .	158
12.2	Klubfinanzierung auf Bundesebene. . . . .	159
12.2.1	Voraussetzungen von Parlamentsklubs; Klubbildung . . . . .	159
12.2.2	Die Regelung der Klubfinanzierung . . . . .	161
12.2.3	Verbliebene Probleme der Klubfinanzierung . . . . .	163
12.3	Personalüberlassung durch die Parlamentsdirektion, sonstige Infrastruktur . . . . .	165
12.4	Parlamentarische Mitarbeiter der Nationalräte: das Mitarbeitergesetz . . . . .	165
<b>13.</b>	<b>STAATLICHE POLITIKFINANZIERUNG AUF LANDES- UND GEMEINDEEBENE</b> . . . . .	170
13.1	Veränderte Rahmenbedingungen seit 2012 . . . . .	170

13.2	Parteien- und Klubförderung in den einzelnen Bundesländern . . . . .	172
13.2.1	Burgenland . . . . .	172
	a) Parteienförderung . . . . .	172
	b) Klubförderung . . . . .	174
13.2.2	Kärnten . . . . .	175
	a) Parteienförderung . . . . .	175
	b) Klubförderung . . . . .	177
13.2.3	Niederösterreich . . . . .	179
	a) Parteienförderung . . . . .	179
	b) Klubförderung . . . . .	181
13.2.4	Oberösterreich . . . . .	182
	a) Parteienförderung . . . . .	182
	b) Klubförderung . . . . .	184
13.2.5	Salzburg . . . . .	186
	a) Parteienförderung . . . . .	186
	b) Wahlwerbungskostenbeschränkung, Sonderbestimmungen über Spenden und Inserate . . . . .	188
	c) Klubförderung . . . . .	189
13.2.6	Steiermark . . . . .	191
	a) Landesspezifische Besonderheiten: politische Bildungsarbeit und Presseförderung . . . . .	191
	b) Parteienfinanzierung . . . . .	192
	c) Landtagsklubs . . . . .	193
13.2.7	Tirol . . . . .	194
	a) Parteienförderung und Spendenregelungen . . . . .	194
	b) Landtagsklubs . . . . .	196
13.2.8	Vorarlberg . . . . .	197
	a) Parteienfinanzierung . . . . .	197
	b) Rechenschaftspflicht und Spendenregelungen . . . . .	198
	c) Klubfinanzierung . . . . .	199
13.2.9	Wien . . . . .	201
	a) Parteienförderung . . . . .	201
	b) Unterstützung der Landtagsklubs . . . . .	203
13.3	Staatliche Parteienfinanzierung auf Gemeindeebene . . . . .	207
<b>14.</b>	<b>INDIREKTE FORMEN DER STAATLICHEN PARTEIENFINANZIERUNG . . . . .</b>	<b>209</b>
14.1	Staatliche Durchführung von Wahlen und Volksbegehren, Bereitstellung von Wählerdaten für Parteien . . . . .	209
14.2	Öffentlichkeitsarbeit der Regierung . . . . .	210
14.3	Mitarbeiterstäbe von Regierungsmitgliedern . . . . .	214
14.4	Subventionen an Vorfeldorganisationen . . . . .	215



<b>15.</b>	<b>HÖHE UND ENTWICKLUNGSTRENDS DER STAATLICHEN POLITIKFINANZIERUNG AUF BUNDES- UND LANDESEBENE</b>	216
15.1	Die Höhe der staatlichen Parteien- und Klubfinanzierung auf Bundes- und Landesebene im Vergleich	216
15.2	Langzeitvergleich mit anderen Indizes: Der überproportionale Anstieg der staatlichen Politikfinanzierung	222
15.3	Auswirkungen der staatlichen Parteienfinanzierung	226
<b>16.</b>	<b>DIE FINANZPROFILE DER ÖSTERREICHISCHEN PARTEIEN</b>	231
16.1	Die wichtigsten Ausgaben: Personal- und Sachaufwendungen, Öffentlichkeitsarbeit/ Wahlkampfkosten	231
16.2	Gegenüberstellung der Gesamteinnahmen der Parteien für 2012	232
<b>17.</b>	<b>WAHLKAMPFKOSTEN: ZWISCHEN KOSTENEXPANSION UND VERSUCHEN DER BEGRENZUNG</b>	234
17.1	Die Wahlkampfkostenbeschränkung (§ 4 PartG)	234
17.2	Wahlkampfausgaben der Parteien in der bisherigen Praxis	238
17.2.1	Abgrenzung von Wahlwerbungskosten, die wichtigsten Werbemittel	238
17.2.2	Wahlwerbungskosten auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems	242
17.2.3	Personalisierung der Wahlordnungen und Vorwahlen als kostentreibende Faktoren	243
17.2.4	Fallstudie: Die Nationalratswahl 2006	245
<b>18.</b>	<b>BILANZ DES NEUEN REGELUNGSSYSTEMS UND VERBLEIBENDE REFORMNOTWENDIGKEITEN</b>	249
	<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b>	258
	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	261
	<b>BIOGRAFIE</b>	271